

DIHK will Masterplan des Vertrauens

*Industrieverband nennt
Prioritäten für Reformen*

VON MATTHIAS LOKE

BERLIN, 5. Juni. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) erwartet von einer neuen Bundesregierung, dass sie innerhalb der ersten zwölf Monate einen „Masterplan des Vertrauens“ auf den Weg bringt. DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun, sagte der Berliner Zeitung: „Die desaströse Kassenlage zwingt zu schnellem Reform-Tempo.“ Denn schon heute seien 75 Prozent der Steuereinnahmen des Bundes für Sozialausgaben und Schuldendienst gebunden, für 2006 drohe allein beim Bund ein Haushaltsloch von 50 Milliarden Euro. Braun forderte die Parteien auf, über die Ausgestaltung der Kernelemente eines solchen Masterplans konstruktiv zu streiten, „statt fantasielos über Mehrwertsteuererhöhungen zu spekulieren“.

Als Top-Prioritäten dieses Masterplans nannte Braun „Investitionen, Beschäftigung, Innovationen am Standort Deutschland“. Finanziell anspruchsvolle Vorhaben, wie eine große Steuerreform, müssten Teil eines solchen Reformwerks werden, könnten aber in Mehrjahres-Schritten wirksam werden.

Rente mit 67

Zur Förderung von Investitionen schlug der DIHK-Präsident eine umfassende Reform der Steuergesetzgebung vor. „Die effektive Unternehmenssteuerbelastung in Deutschland ist im europäischen Vergleich zu hoch, die Gesetzgebung zu kompliziert“, sagte Braun. Erträge, die für Investitionen im Interesse auch der Mitarbeiter genutzt werden könnten, müssten künftig deutlich entlastet werden.

Braun betonte zugleich: „Aus Investitionen allein werden noch keine Arbeitsplätze. Reformen am Arbeitsmarkt müssen hinzukommen. Wir brauchen längere und flexiblere Arbeitszeiten.“ Hier hätten Unternehmensleitungen und Belegschaften gemeinsam bereits viel erreicht. Braun forderte: „Um dabei auch rechtlich auf sicherem Boden zu stehen, müssen betriebliche Bündnisse für Arbeit gesetzlich durch eine entsprechende Klarstellung des Günstigkeitsprinzips verankert werden“, sagte der DIHK-Chef.

Als Hauptansatzpunkt bei den Lohnzusatzkosten bezeichnete er die Abkoppelung der Kranken- und Pflegeversicherung vom Arbeitseinkommen. Das würde gerade beschäftigungsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen helfen. Immerhin würde damit ein Kostenblock von bisher rund 16 Beitragspunkten zur Sozialversicherung vom Arbeitsverhältnis gelöst – „ein klares Signal für mehr Arbeit“, so Braun. Die Politik müsse zudem auch in der Rentenversicherung fair und ehrlich mit den Menschen umgehen. Dazu gehöre die perspektivische Einführung der Rente mit 67.

„Ohne Innovation gibt es keine ausreichende Chance im internationalen Wettbewerb“, sagte Braun. Er sprach sich für eine Stärkung der Hochschulen durch mehr Autonomie für Lehrpläne, Organisation, Personal und Finanzen aus. Mehr Freiraum für Forschung und mehr Engagement des Einzelnen in die eigene Weiterbildung müssen künftig selbstverständlich sein. „Bei einer Modernisierung von Hochschule und Schule geht es nicht in erster Linie um Mehrausgaben, sondern um eine Neuausrichtung in den Köpfen und Strukturen“, so Braun.

Berliner Zeitung, 6.6.05



Die Verarschung des Volkes !

Als erstes wird eine bombastische Lügenüberschrift gewählt (Masterplan des Vertrauens). Dann wird den Leuten Angst gemacht (desaströse Kassenlage). Dann wird der Schuldige genannt und damit gleichzeitig das Ziel der Begierde (Sozialausgaben, Schuldendienst). Von den Managergehältern, den nicht investierten Gewinnen und der Verschwendung im staatlichen und unternehmerischen Bereich ist nicht die Rede. Und dann kommt der Kern des ganzen, worum es geht:

- Senkung der Unternehmenssteuern
- Längere und flexiblere Arbeitszeiten
- Gesetzliche Regelung für Bündnisse für Arbeit
- Privatisierung der Kranken- und Pflegeversicherung
- Einführung der Rente mit 67

Dieser Schmarotzer will „Vertrauen“ für einen „Masterplan“ der verschärften Ausbeutung des Volkes und der Verschlechterung seiner Lebensbedingungen. Z.B., Rente mit 67 bei 6 Millionen Erwerbslosen.

Tatsächlich geht es darum den Rentenanspruch um weitere Jahre hinauszuschieben und damit zusätzlich Geld in den Kassen der Privatversicherung zu lassen und die Schmutzkonzurrenz am Arbeitsmarkt zu verschärfen.

Für diese Ausplünderung des Volkes soll ein „Masterplan des Vertrauens“ von der neuen Regierung geschaffen werden. Wir haben uns auf noch größere Betrügereien einzurichten, als wir sie schon von der SPD gewohnt sind.